

Im Zentralkomitee der KPdSU und im Ministerrat der UdSSR

Über den Plan der Bodenmelioration in den Jahren 1976-1980 und über Maßnahmen zur besseren Nutzung der meliorierten Ländereien

Das Zentralkomitee der KPdSU und der Ministerrat der UdSSR fassen den Beschluß über den Plan der Bodenmelioration in den Jahren 1976-1980 und über Maßnahmen zur besseren Nutzung der meliorierten Ländereien...

Agarproduktion auf glesen Ländereien und der für die Bodenmelioration zugewiesenen In-vestitionen verringern. In vielen Wirtschaften ist die Ertragsfähigkeit der Getreide-, Futter- und anderer Agrarkulturen auf meliorierten Ländereien gering...

Die Beschlüsse der Arbeit der Bewässerung der Ländereien für die Schaffung großer Zonen garantierter Getreideproduktion im dürrgefährdeten Teil des Wolgabiels, in Nordkavkasien und im nördlichen Teil der Ukraine...

Die Fortsetzung des Baus von Bewässerungssystemen in spezialisierten Gemüsegewächshäusern in den Zonen von Großstädten und Industriezentren zu vollenden und die Warenproduktion von Frühgemüse und wärmeliebenden Kulturen in den Südgebietern des Landes...

Die Durchführung der Meliorationsarbeiten zur Vergrößerung der Produktion von Lein, Tee, Tabak, Sorgho, der Produktion von Atherokulturen und Heilpflanzen, Obst, Beeren, Weintrauben und anderen ackerbaulichen Erzeugnissen...

Die Durchführung der Meliorationsarbeiten zur Vergrößerung der Produktion von Lein, Tee, Tabak, Sorgho, der Produktion von Atherokulturen und Heilpflanzen, Obst, Beeren, Weintrauben und anderen ackerbaulichen Erzeugnissen...

Die Durchführung der Meliorationsarbeiten zur Vergrößerung der Produktion von Lein, Tee, Tabak, Sorgho, der Produktion von Atherokulturen und Heilpflanzen, Obst, Beeren, Weintrauben und anderen ackerbaulichen Erzeugnissen...

In den Jahren 1971-1975 stieg die Getreideproduktion auf meliorierten Ländereien fast auf das Zweifache, die Auflagen des Fünfjahresplans im staatlichen Ackerbau von Rohbaumwolle und Reis wurden überboten...

Zugleich gibt es in der Organisation der Meliorationsarbeiten und in der Nutzung der bewässerten und entwässerten Ländereien erste Mängel, die die Effektivität der

als vorrangige Aufgabe der Partei, Sowjet-, Land- und Wasserwirtschaftsorgane in den Jahren 1976-1980 die weitere Bodenmelioration in großem Ausmaß, hocheffektive Nutzung der bewässerten und entwässerten Ländereien und größtmögliche Steigerung der Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlichen Kulturen auf diesen Ländereien zu betrachten.

Die Vergrößerung der Aussaatflächen und Steigerung der Ertragsfähigkeit von Mais auf bewässerten Ländereien in den Republiken Mittelasiens und Transkaukasiens, in Kasachstan, in der Ukraine, in Moldawien und in der RSFSR...

Die Vergrößerung der Produktion von Sojabohnen auf meliorierten Ländereien im Fernen Osten und ihr Anbau auf bewässerten Ländereien in den Südgebietern der RSFSR und der Ukraine, in Moldawien und den transkaukasischen Republiken sowie die Zucht entsprechen-

Die Vergrößerung der Produktion von Sojabohnen auf meliorierten Ländereien im Fernen Osten und ihr Anbau auf bewässerten Ländereien in den Südgebietern der RSFSR und der Ukraine, in Moldawien und den transkaukasischen Republiken sowie die Zucht entsprechen-

Die Vergrößerung der Produktion von Sojabohnen auf meliorierten Ländereien im Fernen Osten und ihr Anbau auf bewässerten Ländereien in den Südgebietern der RSFSR und der Ukraine, in Moldawien und den transkaukasischen Republiken sowie die Zucht entsprechen-

den Meliorationsarbeiten und in der Nutzung der bewässerten und entwässerten Ländereien erste Mängel, die die Effektivität der

den Meliorationsarbeiten und in der Nutzung der bewässerten und entwässerten Ländereien erste Mängel, die die Effektivität der

den Meliorationsarbeiten und in der Nutzung der bewässerten und entwässerten Ländereien erste Mängel, die die Effektivität der

den Meliorationsarbeiten und in der Nutzung der bewässerten und entwässerten Ländereien erste Mängel, die die Effektivität der

den Meliorationsarbeiten und in der Nutzung der bewässerten und entwässerten Ländereien erste Mängel, die die Effektivität der

den Meliorationsarbeiten und in der Nutzung der bewässerten und entwässerten Ländereien erste Mängel, die die Effektivität der

den Meliorationsarbeiten und in der Nutzung der bewässerten und entwässerten Ländereien erste Mängel, die die Effektivität der

Beschluß des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR

Über Maßnahmen zur weiteren Vervollkommnung der Tätigkeit der Sowjets der Werktätigendeputierten der Kasachischen SSR im Lichte der Beschlüsse des XXV. Parteitags der KPdSU

Nach Entgegennahme und Erörterung des Berichts des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR, Genosse S. B. Nijasbekow, über Maßnahmen zur weiteren Vervollkommnung der Tätigkeit der Sowjets der Werktätigendeputierten der Kasachischen SSR im Lichte der Beschlüsse des XXV. Parteitags der KPdSU...

Die Werktätigen der Landwirtschaft kämpfen für die Vergrößerung der Agrarproduktion. In den Kolchose und Sowchose weitet sich die Front der Ernteerträge in hohem Tempo verläuft die Futterbereitstellung. Das Plansoll des ersten Halbjahrs in Lieferung und Verkauf von Fleisch, Eiern und Wolle an den Staat wurde erfüllt. Die kulturelle Betreuung und Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen verbesserte sich.

Die Oberste Sowjet der Kasachischen SSR stellt mit Genugtuung fest, daß das Zentralkomitee der KPdSU in den letzten Jahren eine Reihe wichtiger Maßnahmen ergriffen hat, die die weitere Hebung der Rolle der örtlichen Sowjets der Werktätigendeputierten im sozialen, kulturellen und Wirtschaftsaufbau realisieren. Von besonderer großer Bedeutung ist die Rolle der Sowjets der Kasachischen SSR im Lichte der Aktivität der Sowjets ist das Gesetz über den Status der Deputierten. Eine hohe Einschätzung der Tätigkeit der Sowjets gab der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Genosse L. I. Breschnew, auf dem XXV. Parteitag der KPdSU.

Unter Leitung der Parteiorganisationen vollkommenen die Sowjets der Werktätigendeputierten der Republik den Stil und die Methoden ihrer Tätigkeit, leisten umfangreiche organisatorische Arbeit zur Lösung von Aufgaben des kulturellen und Wirtschaftsaufbaus, kontrollieren aktiver die Erfüllung der staatlichen und sozialen Verpflichtungen, vergrößern die Anforderungen an die Wirtschaftstätigkeit zur Verbesserung

der Effektivität und Qualität der Arbeiten, Festlegung der Arbeitsdisziplin in den Kollektiven. Viele Sowjets der Werktätigendeputierten der Republik befassen sich konkreter mit Fragen der Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft, der rationalen Nutzung der natürlichen Ressourcen und des Umweltschutzes. Besondere Arbeit wird auf dem Gebiet des Baus von Wohnungen, sozialen, kulturellen und anderen Versorgungseinrichtungen, der baulichen Einrichtung und Begrünung der Städte und Dörfer geleistet. Es werden Maßnahmen getroffen zur weiteren Entwicklung des Bildungswesens, des Gesundheitswesens, der Kultur, des Handels und der Gemeinschaftsverpflegung und Besserung der Dienstleistungen an der Bevölkerung.

In ihrer Tätigkeit schenken die Sowjets der Bevölkerung der Fröhen sozialistischen Demokratie mehr Beachtung. Gestiegen ist die Bedeutung der Tagungen der Sowjets, wo die wichtigsten Fragen des kulturellen und Wirtschaftsaufbaus, der kommunistischen Erziehung der Werktätigen der Festlegung der sozialistischen Gesetzlichkeit und der Rechtsordnung gelöst werden. Die Ständigen Kommissionen arbeiten aktiv. Die Verbindungen der Deputierten mit den Wählern haben sich festgesetzt. Die Rechenschaftslegung der Vollzweckkomitees, ihrer Abteilungen und Verwaltungen vor den Sowjets und der Bevölkerung wurde regelmäßiger.

Zugleich stellt der Oberste Sowjet der Kasachischen SSR fest, daß das Tätigkeitsniveau einzelner Sowjets der Werktätigendeputierten der Republik noch nicht in vollem Maß den Forderungen des XXV. Parteitags der KPdSU entspricht. Einige Sowjets vollkommen noch ungenügend den Stil und die Methoden ihrer Tätigkeit, machen zu wenig Gebrauch von den ihnen gewährten Rechten, bekunden nicht immer die nötige Initiative und Standhaftigkeit in Lösung von Fragen der Ökonomie, der komplexen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Städte, Rayons und Dörfer, der maximalen Nutzung der vorhandenen Reserven und Möglichkeiten zur Verbesserung der sozialen Erweiterung der Produktion, der Industrie und Landwirtschaft.

Einige Sowjets und Verwaltungsglieder befassen sich ungenügend mit Fragen der Rechtsprechung der Bürger, kämpfen schlecht gegen Rechtsverletzungen, für die Festlegung der öffentlichen Ordnung und der sozialistischen Gesetzlichkeit.

Der Oberste Sowjet der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik beschließt: 1. Als Hauptaufgabe der Sowjets der Werktätigendeputierten der Republik die größtmögliche Verstärkung und Vervollkommnung der Organisationsarbeit in

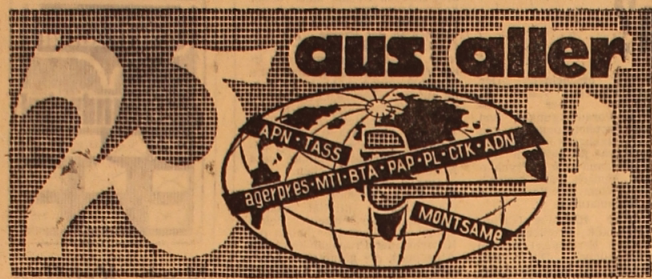
erfolgreicher Verwirklichung der Beschlüsse des XXV. Parteitags der KPdSU zu betrachten. Sich in ihrer ganzen Tätigkeit unentwegt von den Thesen und Schlüssen leiten zu lassen, die der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Genosse L. I. Breschnew im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an dem XXV. Parteitag vorbrachte.

Die Aufmerksamkeit der Sowjets, ihrer Vollzweckkomitees, der ständigen Kommissionen, aller Deputierten ist auf die Sicherstellung der Erfüllung der Aufgaben des zehnten Planjahres zu lenken, da seine weitere Hebung des Volkswohlstands aufgrund der Beschleunigung des Tempos der Produktion, der Steigerung ihrer Effektivität, der weitgehenden Einführung der Errungenschaften von Wissenschaft und Technik, der entschlossenen Verbesserung der qualitativen Kennziffern in allen Richtungen und Zweigen der Wirtschafts-, Sozial- und Kulturarbeit vorliegt.

2. Der Ministerrat der Kasachischen SSR, die Sowjets der Werktätigendeputierten, die Ministerien und Ämter der Republik müssen die nötige Maßnahmen durchführen, die eine unbedingte Erfüllung der Staatspläne sichern, die gemäß dem von XXV. Parteitag der KPdSU festgesetzten Hauptrichtungen der Entwicklung der Volkswirt.

(Schluß S. 2)

(Schluß S. 2)



Schwierigkeiten der Arbeiter

Die fortschrittliche **Kairoer Zeitschrift „Al-Talia“** berichtet über die schwere Lage der ägyptischen Arbeiterklasse. Sie betont, daß die große Anzahl „überflüssiger“ Arbeitskräfte in Ägypten die Arbeiter vor von den Unternehmen abhängig macht. Nach fünf Jahren Tätigkeit erhält ein ägyptischer Arbeiter eine Lohnhöhe von zwei Piaster (2,08 Kopeken). Mehr dürfe er nicht verlangen, da im Land das kapitalistische Gesetz von Angebot und Nachfrage herrsche. Danach liege es in der Macht eines jeden Unternehmens, einen Arbeiter mit „unbe-

gründeten Forderungen“ zu entlassen und an seinen Platz einen neuen einzustellen.

„Al-Talia“ führt aus, die Lage der Arbeiter wird dadurch noch verschlechtert, daß die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel und Dienstleistungen ständig ansteigen.

Eine kennzeichnende Eigenschaft des sogenannten nationalen Kapitalismus in Ägypten sei die bereits zur Regel erhobene Ignorierung der im Arbeitsgesetzbuch enthaltenen Grundsätze durch die Unternehmer sowie die fehlende soziale Versorgung und die Nichteinhaltung der Sicher-

In wenigen Zeilen

NEU-DELI. Eine Tagung des Nationalrates der Kommunistischen Partei Indiens ist in Hyderabad, Unionstaats Andhra Pradesh, eröffnet worden. Auf der Tagung, die fünf Tage lang dauern wird, soll über die wirtschaftliche und politische Lage im Lande sowie über Maßnahmen zur weiteren Festigung der demokratischen Kräfte Indiens beraten werden.

WASHINGTON. USA-Außenminister Kissinger ist am 4. August zu einer Auslandsreise aufgebrochen, die ihn nach Großbritannien, Iran, Afghanistan und Pakistan führt. Ein Sprecher des Außenministeriums erklärte die Hauptziele dieser Reise sei die Teilnahme an der Tagung der gemeinsamen amerikanisch-iranischen Kommission. Wie jedoch unterrichtet Beobachter feststellen nehmen in Kissingers Reise auch seine Verhandlungen mit dem britischen Premierminister Callaghan einen wichtigen Platz ein.

PARIS. Der Internationale Flughafen Orly arbeitet am 4. August mit Unterbrechungen. Ein Appell der Nationalen Gewerkschaft der Piloten der Zivilluftfahrt folgend, hat das Fluggesellschaft der französischen Fluggesellschaften einen 24stündigen Streik ausgerufen. Die Gesellschaft „Air France“ hat die Hälfte ihrer Linienflüge abgesagt. Starke Störungen gab es bei den Flügen nach den USA und nach Afrika. 25 Flüge nach westeuropäischen Städten wurden gestrichen.

Dollarkurs und Außenhandelsexpansion der USA

An den Börsen Westeuropas hat der Kurs des USA-Dollars in den letzten Tagen unverändert an. Das neue Aufblühen der Währungskrise spiegelt nach Meinung von AFP die Besorgnis der westeuropäischen Länder über die unbestimmten Entwicklungsperspektiven der USA-Wirtschaft wider. Außerdem hänge dieses Aufblühen mit der Herabsetzung des Diskontsatzes in den Vereinigten Staaten zusammen, stellt die Agentur fest.

Westliche Kommentatoren konstatieren in der Tat, einig über die instabile wirtschaftliche

„Genesung“ der Vereinigten Staaten. Insbesondere Experten von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) verwiesen in ihrem Bericht auf den niedrigen Produktionsstand und die hohe Inflationsrate in den USA hin.

Die in Washington veröffentlichten neuen Daten zeugen davon, daß sich die Hoffnungen, daß die amerikanische Wirtschaft schnell aus der Krise herauskommt, nicht erfüllt haben. Wie das Handelsministerium feststellt, wuchs das Bruttoinlandsprodukt des Landes im zweiten Quartal

dieses Jahres fast nur halb so schnell wie im ersten Quartal. In den letzten Monaten war ein Aufschwung für neue Industrieausrüstungen sowie im Wohnungsbau und Industriebau zu verzeichnen. Die geringen Investitionen in der Wirtschaft zwingen die Regierungsorgane den Diskontsatz herabzusetzen, um die Kreditfähigkeit zu fördern und der Wirtschaft neue Mittel zuzuführen.

Die Budgetverwaltung des Kongresses meint in ihrem Bericht, die Vereinigten Staaten würden die starken inflationären Tendenzen der Wirtschaft nicht überwinden können. Zu-

gleich schlossen die USA das erste Halbjahr mit einem Defizit der Außenhandelsbilanz in Höhe von mehr als einer Milliarde Dollar ab. Wie die Zeitung „Christian Science Monitor“ schreibt, „balten sich für das Geschäft am Horizont unheilverkündende Wolken zusammen“.

In dieser Situation befürchtet man in den westeuropäischen Ländern, die Vereinigten Staaten könnten, wie dies schon auch früher der Fall war, den Versuch unternehmen, auf Kosten ihrer Interessen aus der Krise herauszukommen. In den Hauptstädten Westeuropas erinnert man sich noch sehr gut, wie die Vereinig-

ten Staaten 1971 mit Hilfe der Dollarpolitik und der daraufhin einsetzenden Verbilligung des amerikanischen Exports eine energische Offensive auf die Außenhandelspositionen ihrer Konkurrenten einleiteten.

Auch jetzt verheißt man in den westeuropäischen Ländern seine Besorgnis nicht, daß Washington das Sinken des Dollarkurses ausnutzen werde, um seine Partner und Rivalen auf dem Weltmarkt noch mehr zu bedrängen. Diese Besorgnis ist begründet. Im ersten Halbjahr haben die USA ihren Export um vier Prozent gesteigert. Besonders schnell wuchs die Ausfuhr von Chemika-

len, Elektroausrüstungen, Industrieanlagen, Kraftfahrzeugen und Ersatzteilen. Nach einer Meldung des „Journal of Commerce“ planen amerikanische Gesellschaften Maßnahmen zur Eroberung der Märkte in Westeuropa, Japan und anderen Gebieten der Erde. Die USA wollen vornehmlich den Export von Maschinen, Ersatzteilen dazu und Plätzen entwickeln, d. h. jener Erzeugnisse, die mit den Erzeugnissen der anderen Industriell entwickelten westlichen Länder in Konkurrenz treten werden.

„Das Handelsministerium sagt den USA für die zweite Hälfte 1976 neue Exporterfolge voraus“ schreibt „Christian Science Monitor“. Der labile Dollarkurs soll auch bei dieser Expansion helfen.

Amnestierlaß in Kraft getreten

Ein Königlicher Erlass über die Amnestie von politischen Gefangenen ist in Madrid veröffentlicht worden.

Somit tritt der am 30. Juli dieses Jahres von der spanischen Regierung verkündete Beschluß über eine Amnestie in Kraft.

Noch ist unbekannt, wieviel politische Gefangene freigelassen werden.

Offizielle Vertreter nannten Zahlen von 200 bis 500. Unbekannt ist ferner auch das Datum ihrer Entlassung. Von der Amnestie sind jedoch viele politische Häftlinge aus-

geschlossen, so auch die Mitglieder der ETA-Organisation, die für eine Autonomie der Basken kämpft.

Oppositionelle Parteien und Organisationen bewerten die Amnestie als einen positiven Schritt der Regierung. Zugleich haben sie deren beschränkten Charakter hervor-

Gerichtswillkür gegenüber Journalisten

In den Vereinigten Staaten hält die gerichtliche Verfolgung von Journalisten, die in der Presse den Behörden nichtgenehmigtes Material veröffentlicht haben.

Am 3. August lehnte in der Stadt Fresno (Sierra Kalfornien) das Berufungsgericht die Revision eines Schuldspruchs gegen vier Mitarbeiter der dortigen Zeitung „Fresno Bee“ ab. Die Journalisten hatten in dem Blatt Auszüge aus dem Protokoll einer Gerichtsverhandlung veröffentlicht. In der Bestechungsaffäre in der Stadtverwaltung verhandelt wurden. Alle vier, darunter der Chefredakteur des Blattes, wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Die Gerichtswillkür in Fresno ist wiederum nicht der einzige Fall, daß Journalisten, die sich erkönnen, Korruption und andere Mißbräuche der Behörden anzuprangern, hinter Gitter gebracht werden.

Politische Emigranten verhaftet

Die rassistischen Behörden Südafrikas haben im Hafen von Kapstadt zwei japanisch-chilenische politische Emigranten verhaftet, Juan Silva und Carlos Monges waren in einem ausländischen Handelsschiff vor dem Pinochet-Regime geflüchtet. Sie erklärten, sie hätten Chile verlassen, um den politischen Repressalien und der Arbeitslosigkeit zu entgehen.

Das südafrikanische Innenministerium teilte mit, die beiden chilenischen Bürger würden mit dem ersten Flugzeug nach Santiago de Chile zurückgebracht. Juan Silva und Carlos Monges sagten vor Pressevertretern, sie hätten voller Furcht an die Rückkehr nach Chile, wo auf sie Verhaftung und Folterung warteten,

geschloss, so auch die Mitglieder der ETA-Organisation, die für eine Autonomie der Basken kämpft.

Oppositionelle Parteien und Organisationen bewerten die Amnestie als einen positiven Schritt der Regierung. Zugleich haben sie deren beschränkten Charakter hervor-



In Italien verschärft sich die Krise im Wohnungsbau. Wie die Presse mitteilt, ist der fortwährende Anstieg der Preise für Zement, Beton und andere Baustoffe eine der Hauptursachen der Verringerung der Bauarbeiten.

UNSER BILD: „Schluß mit der Spekulation beim Wohnungsbau!“ fordern die Einwohner eines der Bezirke in Rom. Foto: TASS

Lage im verseuchten Gebiet

Wegen der Giftgasverseuchung in den italienischen Städten Seveso und Media stehen auch über 3.500 Einwohner der benachbarten Ortschaften, wo die Gesundheit der Menschen ebenfalls gefährdet ist, vor einer eventuellen Evakuierung.

Die Verseuchung dieses Gebiets erfolgte durch die Explosion in einem Chemiewerk des Chemiekonzerns Icemesa. Zahlreiche Menschen haben ernste Vergiftungen davongetragen. Haustiere sind eingegangen, Pflanzen verseucht.

Der Ministerrat Italiens berät in einer Sondersitzung über die Lage in den verseuchten Gebieten und legt Maßnahmen fest. Die örtlichen Gerichtsbehörden haben angeordnet, daß alle in den Werkstätten des Icemesa-Betriebes lagernden chemischen Stoffe abtransportiert werden.

Indessen ist bis jetzt noch immer nicht amtlich mitgeteilt worden, welche Art chemischer Stoffe in der Fabrik des Konzerns

produziert wurde. In der Ausgabe der Zeitschrift „Espresso“ wird behauptet, in der Fabrik seien Giftgase und chemische Stoffe für die NATO-Streikräfte produziert worden. Nach Meldungen des „Espresso“ lieferte der Konzern Icemesa chemische Erzeugnisse in die BRD, wo sie Sonderheiten der chemischen Aufklärung der USA und der BRD-Truppen zur Verfügung gestellt wurden. Unmittelbar nach der Katastrophe in der Fabrik schreibt die Zeitschrift, seien Militärs von den USA-Stützpunkten in der italienischen Stadt Vicenza und aus der BRD in die Fabrik gekommen, die dort Proben des verseuchten Bodens entnahmen und sie an militärische Laboratorien zur Analyse einschickten. „Espresso“ meint dazu, die Geschehnisse in Media und Seveso zeugten davon, daß in Italien Gesundheit und Sicherheit den Interessen des militärisch-industriellen Komplexes geopfert wurden.

Peking contra Helsinki

Maolistische Politik unvereinbar mit Entspannung

Die Schlusssätze der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa war kaum in Helsinki unterzeichnet, da meldete sich – am 5. August 1975 – die Pekinger „Jenmin Jünpao“ mit dem gegen die Friedensinteressen der Völker gerichteten Kommentar zu Wort: „Sowohl die Geschichte als auch die Gegenwart besagen eindeutig, Wahrheit, das angestrebte Verschärfung der internationalen Konflikte Verträge und Recht nichts anderes sind als leeres Papier.“

Entspannungstendenzen passen eben nicht ins großmachtpolitische Konzept maolistischer Außenpolitik. Folglich ist Peking seit Helsinki auf verschiedene Weise verstoßen bemüht, die internationale Entspannung zu hinterstreifen und die Spannungen wieder zu verschärfen.

Die Absicht, darauf hinzuwirken, daß es zwischen Moskau und Washington zu einem Bruch kommt zur Rückkehr zu den allerhöchsten Tagen des kalten Krieges, ist die Waise, die ohne Ausfall, in unversämmer Manier diffamierten sie die Sowjetunion als „Supermacht, die in der Welt die Waffen- und Kriegsvorbereitung betreibt“, und versicherten im Zusammenhang damit der BRD die „Unterstützung im Kampf gegen Schikane, Einmischung und Bedrohung der Hegemonisten“. Peking, so wurde mehrfach betont, sei äußerst zufrieden über die enge militärische Verzahnung zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten sowie über den irrealen und friedensgefährdenden Standpunkt von BRD-Kräften über die „Offenhalten der deutschen Frage“. Gleichzeitig intensiviert Peking sein Komplott mit den aggressivsten Kräften des Imperialismus. Der Londoner „Morning Star“ schrieb dazu am 24. März 1976 treffend:

Ist es ihm recht, wenn es nur dazu dient, eine Fronde gegen die Entspannung im allgemeinen und die konsequentesten Vertreter der Entspannung – die Sowjetunion und ihre Verbündeten – zu schaffen.

Frontstellung gegen Sicherheit Asiens

Besonders „am Herzen“ liegt Peking die Sabotage der Bemühungen um kollektive Sicherheit in Asien – um die Lösung eines Problems, also, das nach Helsinki mit in den Mittelpunkt der Fortsetzung des Entspannungsprozesses gerückt ist und zu dem sich bereits die Repräsentanten vieler Völker und Staaten Asiens positiv geäußert haben. Ausgerechnet dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß (BRD) gegenüber – einem maßgeblichen Exponenten der rechtsextremistischen Kräfte – äußerte im September 1975 der damalige amerikanische Ministerpräsident, China halte nichts von Systemen kollektiver Sicherheit, weder in Europa noch in Asien.

Entsprechend seiner Obstruktionspolitik und des De-facto-Bündnisses mit dem Imperialismus auch in dieser Frage

„...umtitten ihrer neuen Kampagne gegen angebliche innere kapitalistische Westler bauen die chinesischen Führer die Beziehungen mit den reaktionärsten und übelsten „Kapitalistischen Vätern“ in der übrigen Welt enge wie. Das wurde durch die groteske Art des jüngsten Besuchs Niksons symbolisiert, der früheren Besuches von Heath, Strauß aus der BRD und Senator Jackson, den Güstling des rechten Flügels in Amerika, folgte.

In der Tat Peking ist nicht wähliger in seinen Methoden. Jedes Mittel und jegliches Komp-

Es nimmt bei allem nicht wunder, wenn die gegenwärtigen Pekinger Führer zu den wütendsten Feinden militärischer Entspannung und der Begrenzung der nuklearen Rüstung beteiligt, sie unternimmt im Gegenteil immer neue Versuche mit nuklearen Waffensystemen. Peking sträubt sich mit Händen und Füßen gegen so konstruktive wöjenige Vorschläge wie die zum Verbot der Entwicklung und Produktion neuer Massenvernichtungswaffen oder zur Kürzung der Militärausgaben der Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates um 10 Prozent (unter anderem im Interesse der verstärkten Hilfe für Entwicklungsländer). Ganz zu schweigen von der destruktiven Haltung zu einer Weltabrüstungskonferenz.

Der Hintergrund ist eindeutig: Die gegenwärtigen Führer der VR China betreiben im Interesse ihrer großmachtpolitischen Ziele eine heinungslos militärische Aufrüstung; sie wollen China zur militärischen Supermacht entwickeln, um – auf die so Macht gestützt – ihre reaktionären politischen Absichten durchsetzen zu können.

(Panorama DDR)

Gezielte Störmanöver

Ein ganzes Bündel gezielter Pekinger Aktionen ist darauf gerichtet, westeuropäische und amerikanische Regierungspolitik zu einem scharfen antiso-wjetischen und entspannungsfeindlichen Kurs zu provozieren. So täten die chinesischen Führer während des China-Besuches des USA-Präsidenten Ford im Dezember 1975 alles, um die Weiterentwicklung der so-wjetisch-amerikanischen Beziehungen zu sabotieren. Der damals amtierende amerikanische Präsident behauptete während eines Empfangs zu Ehren Fords unter anderem, es wüschen die „Kriegsfaktoren“ und es gelte, „die Illusion von einem Frieden zu zerstreuen“. Besonders Europa sei ein „strategisches Zentrum des Streits“, der „unwiderlich zu einem neuen Weltkrieg führen“ müsse. Der „New York Post“ zufolge zeigte sich deut-

„Braunhemden“ blasen zum Sammeln

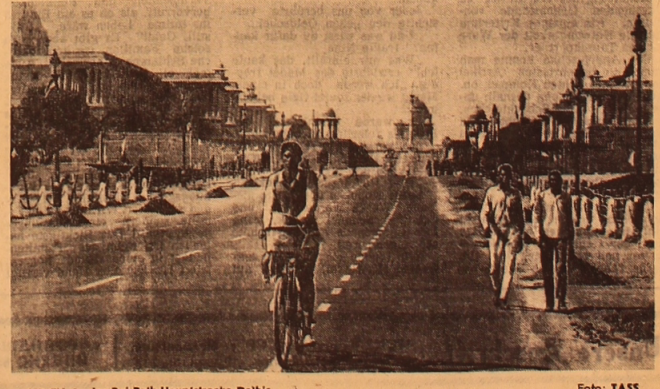
Unter offen antikomunistischen Losungen bereiten sich die Neonazis auf ihr Hamburger Treffen am 7. August vor, an dem, wie mitgeteilt wurde, Vertreter neofaschistischer Parteien der BRD, Österreichs, Frankreichs, Belgiens, Großbritanniens und Norwegens teilnehmen werden. Insgesamt werden rund 1.800 „Delegierte“ erwartet.

Die westdeutsche NPD hat, wie die Presse meldet, für diese Veranstaltung bei der Firma Hamburger Messe- und Kongreß GmbH einen großen Saal gemietet. Der Hamburger Innensenator W. Staak erklärte, für ein Verbot dieser Veranstaltung gebe es keine juristische Begründung.

Die Organisationen der Antifaschisten und Demokraten der BRD sind mit dieser Haltung der Behörden nicht einverstanden und fordern energisch ein Verbot dieses Treffens. Hamburg dürfte nicht zum Tummelplatz für Antifaschisten werden, erklären die Antifaschisten.

Jetzt dürfte nicht geögert werden, jetzt gelte es zu handeln, heißt es in einem Appell der Antifaschisten an die Bevölkerung der Stadt. Als Reaktion auf die Umtriebe der Rechten rufen die Antifaschisten zu einer Massen-demonstration der Einwohner Hamburgs am 7. August auf.

Mit der Genehmigung des Nationalrats in Hamburg lassen die Behörden denen freie Hand, die gegen Frieden, Entspannung und Volkerverständigung auftreten, sagte A. Behrisch, Mitglied des Direktorats der Deutschen Friedensunion, gegenüber einem TASS-Korrespondenten. Diese Handlungweise verhöhne die Verfassung der BRD und gegen die Schlusssätze der Gesamt europäischen Konferenz in Helsinki.



INDIEN. In der Raj-Palh-Hauptstrecke Delhi. Foto: TASS

